

3.4

Wechselwirkungen

Unsere analytische Einteilung der gesellschaftlichen Dynamiken in unterschiedliche Schlüsselprozesse oder „Treiber“ bedeutet nicht, dass keine Interaktionen zwischen diesen Prozessen bestehen. Im Gegenteil: Unser Modell gesellschaftlichen Wandels geht davon aus, dass erst eine Verdichtung der Verflechtungen zwischen Treibern – im Sinne einer gegenseitigen Verstärkung positiver, also ermöglichender Wechselwirkungen – eine umfassende Transformation in Gang setzen kann. Umgekehrt können jedoch auch hemmende Rückwirkungen zwischen Treibern die Klimawende bremsen oder sogar zu Blockaden führen.

Um diese Verflechtungen sichtbar zu machen und ihre Entwicklung über die Zeit zu verfolgen, untersuchen wir in den Treiberanalysen systematisch auch die Wechselwirkungen zwischen den Schlüsselprozessen. Diese können stark institutionalisierte Formen annehmen – etwa wenn das Pariser Klimaabkommen die regelmäßige Vorlage nationaler Klimapläne vorsieht oder wenn größere Unternehmen im Rahmen der EU-Corporate-Sustainability-Reporting-Directive über ihre Klimaziele, Treibhausgasemissionen und ihren Energieverbrauch berichten müssen. Der Einfluss kann aber auch punktueller und weniger formell sein, etwa wenn die Klimabewegung durch Aktionen und Mobilisierungswellen Druck auf die deutsche und europäische Politik ausübt oder wenn globale Governance-Prozesse in Form von Formulierungen in Verträgen oder COP-Entscheidungen diskursive oder rechtliche „Ressourcen“ für Bewegungen und Klimaklagen bereitstellen.²¹

Die Ergebnisse unserer Analyse sind in Tabelle 2 dargestellt. Die Tabelle führt zunächst stichwortartig die zentralen Wechselwirkungen auf und bewertet anschließend – auf Grundlage der Treiberanalysen – die jeweiligen Einflüsse der Treiber aufeinander auf einer Skala von stark hemmend (rot) bis stark ermöglichend (grün). Die Einschätzungen beruhen auf einer qualitativen Abwägung unterschiedlicher, teils widersprüchlicher Einzeltrends für jede Wechselwirkung und jede Wirkungsrichtung.

Einen zentralen Knotenpunkt im Beziehungsgeflecht der Treiber bildet die deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen, die nahezu alle anderen Prozesse beeinflusst – von kommunalem Handeln über Unternehmensstrategien bis hin zu Protestbewegungen und Klagen. Sie schafft rechtliche,

finanzielle und kommunikative Bedingungen, die den Handlungsspielraum anderer Akteur*innen strukturieren. Umgekehrt üben soziale Bewegungen, strategische Klagen und öffentliche Diskurse – vermittelt über Medien und gesellschaftliche Resonanz – Druck auf politische Prozesse aus.

Die globale Klimagovernance bildet den normativen und symbolischen Rahmen für eine Reihe der untersuchten Schlüsselprozesse. Internationale Abkommen – vor allem das Pariser Klimaabkommen – strukturieren nationale Politiken, setzen Vergleichsmaßstäbe und erzeugen Erwartungsdruck. Ihre indirekten Wirkungen verlaufen über Prozesse wie NDCs, COP-Beschlüsse oder multilaterale Initiativen, die nationale Diskurse, Medienaufmerksamkeit und Investitionsentscheidungen synchronisieren.

Die kommunale Klimapolitik fungiert als Übersetzungsinstanz: Sie verbindet nationale Zielvorgaben mit lokaler Umsetzung und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Hier verdichten sich Verknüpfungen zwischen staatlicher Steuerung, zivilgesellschaftlicher Trägerschaft durch Bündnisse und Bewegungen sowie unternehmerischer Investitionstätigkeit, etwa im Bereich der Energieunternehmen.

Unternehmenshandeln und Konsummuster stehen in enger Wechselwirkung und bilden gemeinsam eine Schnittstelle zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Treibern. Politische Rahmenbedingungen, CO₂-Bepreisung, Rechtsnormen und öffentliche Erwartungshaltungen schaffen Anreize oder Hemmnisse für die Dekarbonisierung in Unternehmen. Gleichzeitig beeinflusst unternehmerisches Verhalten – etwa durch Innovationsstrategien, Lobbying oder korporatistische Marktstrukturen – die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für Klimapolitik. Informationen aus Nachhaltigkeitsberichten schaffen Wissensgrundlagen für Investor*innen, Politik und Zivilgesellschaft. Unternehmen werden zudem zunehmend selbst zu Adressaten von Klimaklagen, die Verantwortlichkeiten klären und Haftungsrisiken erhöhen sollen. Konsum steht in wechselseitiger Beziehung zu Produktionsstrukturen und Regulierung: Politische Maßnahmen und Unternehmensangebote strukturieren Konsummöglichkeiten und Konsumentscheidungen, während Nachfrageverschiebungen wiederum Märkte und Unternehmensstrategien verändern. Konsum fungiert zugleich als Resonanzfeld gesellschaftlicher Zustimmung zu

21 Dieses Verständnis der Wechselwirkung zwischen Treibern als Austausch von Ressourcen stammt aus der globalen Analyse des Hamburg Climate futures Outlook (Aykut, Wiener et al. 2021) und wurde in zwei kürzlich veröffentlichten Artikeln zu Klimaklagen angewandt und weiterentwickelt (Aykut et al. 2024, Zengerling et al. 2024).

Umwelt- und Klimaschutz – etwa in Form (un)nachhaltiger Konsumtrends – und als Konfliktfeld sozialer Ungleichheit.

Klimabewegung und Klimaklagen wirken als zentrale Triebfedern des Wandels in anderen Schlüsselprozessen, indem sie normative, rechtliche und diskursive Impulse in das System einspeisen. Die Klimabewegung mobilisiert gesellschaftlichen Druck, erzeugt Öffentlichkeit und beeinflusst Politik und Unternehmen indirekt über Protest, Medien und Allianzen. Klimaklagen übersetzen gesellschaftliche Konflikte in juristische Verfahren; sie können bestehende Rechtsnormen verschärfen, neue Maßstäbe setzen und langfristig institutionelle Pfade verändern – etwa durch die Neudefinition von Haftungsrisiken oder durch Anpassungen der Klimagesetzgebung.

Insgesamt ergibt sich ein komplexes Muster aus institutionellen Rückkopplungen und punktuellen Ressourcenaustausch zwischen Treibern, von dem gegenwärtig jedoch keine entscheidenden, übergreifenden Impulse für die Transformation ausgehen oder zu erwarten sind. Viele Wechselwirkungen zeigen sich derzeit ambivalent oder nur schwach positiv. Einige – insbesondere jene zwischen Unternehmenshandeln und Konsum sowie der Einfluss des Konsums auf die deutsche Klimapolitik – wirken klar hemmend. Hier bestehen Blockaden, die im Sinne einer erfolgreichen Klimawende gezielt entschärft und überwunden werden müssten.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauff

Tabelle 2. Beobachtete Wechselwirkungen zwischen Treibern

Einflussrichtung →	Deutsche Klimapolitik im EU Rahmen	Globale Klimagovernance	Kommunaler Klimaschutz	
Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen		Nationale Klimapläne (NDCs) EU und Deutschland in UNFCCC-Verhandlungen Bilaterale und plurilaterale Kooperationen (JETPs)	Rahmengesetzgebung verankert Ziele Finanzierung über Förderprogramme und Subventionen Politische Kommunikation Ermöglichung lokaler Wertschöpfung (bspw. energy sharing) und alternativer Wirtschaftsformen (bspw. Bürgerenergie)	
Globale Klimagovernance	Globale Klimaziele des Paris Abkommens Synchronisierung von Politikprozessen Reportingmechanismus COP Entscheidungen als „Signale“ für Politik		Umsetzung globaler Ziele und Emissions-Reporting über Städtenetzwerke COPs als Arena zur Vernetzung und Selbstdarstellung für subnationale Akteure	
Kommunaler Klimaschutz	Maßnahmenumsetzung Einflussnahme durch kommunale Netzwerke und Verbünde	Einflussnahme durch Städtenetzwerke wie C40, ICLEI		
Unternehmenshandeln	Lobbyismus durch Verbände, in Parlamenten und Ministerien Fossile oder klimafreundliche Innovationen eröffnen oder schließen politische Möglichkeitsräume	Lobbyismus durch Repräsentation auf COPs Technologische Innovationen eröffnen neue Möglichkeitsräume (bspw. Allianzen zu Solarenergie)	Lobbyismus auf lokaler Ebene Kooperation / Kooperative Einbindung (PPP) Energieversorgungsunternehmen und Wohnungsgesellschaften ermöglichen oder blockieren die Transformation	

	Unternehmens- handeln	Konsum	Klimabewegung	Klimaklagen
	Rahmengesetze (KSG) Regulierung (bspw. Emissionswerte) Regeln für Transparenz und Reporting (EU-Taxonomie) Subventionen (bspw. Contracts for Difference) Impulse und Vorgaben zur Sektorenkopplung	Rechtliche und politische Instrumente Pol. Kommunikation und Kampagnen Labels und Kennzeichnungen Subventionen Bereitstellung von Infrastruktur (bspw. Fernstraßen, Schienen)	Rahmengesetze schaffen Momente für Agenda-Setting und Mobilisierung Pol. Entscheidungen als Anlass für Protest Pol. Kommunikation prägt Diskurse und Resonanz Gewährleistung von Grundrechten, bzw. polizeiliche Maßnahmen und Strafverfolgung	Grundlegende Rechtsnormen eröffnen Klagemöglichkeiten und Zugang zur Justiz (bspw. Verbandsklagerecht) Klimarechtliche Normen und Gesetze Regierungshandeln bzw. -nichthandeln als Anlass für Klagen
	Net Zero Norm und Standards COP Entscheidungen als „Signale“ für Investments COP als Arena zur Selbstdarstellung von Unternehmen	Globale Klimagovernance prägt globale Signale, Diskurse und Narrative	COPs als mediale Ereignisse, die Aufmerksamkeit bündeln (bspw. COP in Belém) COPs als Arenen für Vernetzung der Klimabewegung	Internat. Verträge und Entscheidungen als normative Grundlagen für Klagen vor nationalen Gerichten Internat. Gerichte als Normsetzungsinstanzen
	Vorgaben und Planung (bspw. Wärmeplanung) Einfluss auf kommunale Unternehmen, z.B. Stadtwerke Kooperationen (PPPs)	Bereitstellung von Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Radwege) Informationsangebote	Formale Partizipationsprozesse und informelle Räume für Beteiligung	Kommunen als Klagende (bspw. in den USA) Zukünftig: Kommunale Untätigkeit als Anlass für Verfahren?
		Kommunikation / Werbung Bereitstellung von klimaschädlichen/-freundlichen Produkten	Unternehmerische Entscheidungen als Anlass für Protest Kooptation von Bewegungsakteuren SLAPPs und mediale Angriffe auf Aktivist*innen	Nicht-finanzielle Berichterstattung (ESG Reporting) erweitert Datengrundlage Unternehmensentscheidungen als Anlass für Klagen Vorgehen gegen Klimaregulierungen

Tabelle 2. (Fortsetzung von vorheriger Doppelseite)

Einflussrichtung →	Deutsche Klimapolitik im EU Rahmen	Globale Klimagovernance	Kommunaler Klimaschutz	
Konsum	Wohlstandsvorstellungen und Wachstumszwang	„Staging“ klima-freundlicher Pro-dukte auf COPs (bspw. bei den Global Climate Action Awards)	Nachfrage nach Infrastrukturen (bspw. Straßen, Schiene, ...)	
Klimabewegung	Mobilisierungen pro/contra Klima üben Druck auf Politik aus Zivilgesellschaftliche Allianzen unterstützen und legitimieren politische Initiativen Kampagnen setzen neue Themen oder Frames	Protest auf COPs übt Druck auf Verhandler*innen aus NGOs legitimieren internationale Organisationen Themensetzung und -Integration (framing, issue linkage)	Druck auf lokale Entscheidungsträger*innen Partizipation und Legitimation von kommunalen Entscheidungsprozessen Themensetzung und -Integration Lokale Initiativen und Reallabore	
Klimaklagen	Themensetzung und Druck auf politische Prozesse durch (erfolgreiche) Klagen Klagen beeinflussen mediale Berichterstattung, und -Framing	Klagen prägen Narrative von Verantwortung und (globaler) Gerechtigkeit Klagen können Ansprüche auf Entschädigung begründen	Bisher wenig Auswirkungen	

Tabelle 2. Beobachtete Wechselwirkungen zwischen Treibern auf Grundlage der Treiberanalysen in Teil II.
Dunkelgrün eingefärbt sind aktuell stark ermöglichende Wechselwirkungen, analog dazu: Hellgrün aktuell schwach ermöglichende Wechselwirkungen; Gelb aktuell keine oder widersprüchliche Wechselwirkungen; Hellrot aktuell schwach hemmende Wechselwirkungen; Dunkelrot aktuell stark hemmende Wechselwirkungen.

	Unternehmens- handeln	Konsum	Klimabewegung	Klimaklagen
	Nachfrage nach (nicht) nachhaltigen Produkten (bspw. SUVs, vegane Ernährung) Distinktion über klima- freundliche Produkte		Anlass/Gegenstand für Proteste	Labels und Informationen für Konsument*innen als Anlass für Climatewashing- Klagen
	Druck durch Kampagnen und Boykotts Offenlegung von Green- washing, Umweltschäden oder Unternehmens- verfehlungen	Einfluss auf Normen und Werte (Umweltbewusst- sein und -verhalten)		Aktivist*innen als Klageführende Unterstützungsnetzwerke für Klimaklagen
	Klagen können Haftungs- risiken für Unternehmen erhöhen	Greenwashing-Klagen schaffen Transparenz für Konsument*innen	Klagen ermöglichen Zugang zu Daten und produzieren neues Wissen zu Unterneh- mensverantwortung (bspw. „Exxon Knew“)	